

Armut in Wildeshausen – Von einem Menschen, der einmal ein Leistungsträger war

Von Katharina Lindner M. A.

Auf dem Land, so denkt sich manch einer, ist Armut nur ein Wort. Die sozialen Brennpunkte befinden sich schließlich in den großen Städten, nicht? Obdachlosigkeit, Hunger und Verlust der Würde – sind das wirklich Themen, die Menschen in einer adretten Kleinstadt voller Einfamilienhäuser und üppiger Vorgärten angehen? Ein anderer meint zuversichtlich, uns – die Mittelschicht – könne es nicht treffen, es wären eben „die anderen“, die durch das soziale Netz fallen und in vielen Fällen selbst schuld sind. Diese Haltungen sind zu verstehen, haben wir doch alle insgeheim ein bisschen Furcht vor dem möglichen Abstieg aus unserer watteweich gesicherten Existenz. Wir schieben daher allein den Gedanken daran weit von uns.



Bernd aus Wildeshausen hat drei Berufe erlernt
(Bild: Klär)

Aber es gibt sie, die Armut in Wildeshausen. Es gibt in diesem schmucken Städtchen Menschen, die nicht dazu in der Lage sind, sich selbst eine warme Mahlzeit zuzubereiten, Menschen, die seit Jahren keine Arztpraxis von innen gesehen haben, Menschen, die in leeren Zimmern ohne Teppich und Möbel oder zwischen Gerümpel und Dreck leben, Menschen, die keine Waschmaschine zur Verfügung haben und nicht mehr die Kraft aufbringen, ihre Kleidung in der Badewanne zu säubern. Menschen,

deren Nahrung in Portionen rationiert und über Gutscheine verteilt wird.

Bernd, der gern vor dem Supermarkt auf seiner Bank, der „Homepage“ sitzt, ist einer von ihnen. Er ist immer höflich und nie aufdringlich, aber ständig betrunken. Bernd ist

Alkoholiker. *M a n c h m a l* schenkt ihm jemand eine Kippe oder ein Brötchen oder Geld, von dem er sich Bier kauft. Er schläft in vielen Nächten im Park. Niemand kümmert sich um ihn. Manche Leute empfinden Mitleid für ihn, andere denken insofern im Vorbeigehen: *Selbst schuld. Man darf sich eben nicht so gehen lassen.*

Es gab mal eine Zeit, da hatte Bernd Familie. Er weiß, obwohl er viel vergisst, die Namen seiner fünf Kinder, die er nach der Trennung nicht mehr sehen durfte. Er hat drei Ausbildungen abgeschlossen, als Kfz-Mechaniker, Elektrogerätemechaniker und Energieanlagenelektroniker, und in diesem Berufen lange gearbeitet. Nach einem gewöhnlich-bürgerlichen Leben hat er den Boden unter den Füßen verloren: Trennung,

Jobverlust, Alkohol – der Abstieg. Oder war es erst der Alkohol? Wer weiß das schon so genau? Heute sitzt er auf der Bank und bettelt um ein paar Tropfen Bier. Bernd hat keine Familie, keine Freunde, kein Bargeld in den Händen, kein Zuhause, keine Privatsphäre, keine Zukunft und nur noch die Hälfte seiner Zähne. Bernd ist arm, mitten unter uns. Kein Kuriosum, bei dessen Anblick uns der Gedanke: *Oh je, wie schrecklich! Gut, dass mir das nie passieren kann!* kommen sollte, sondern ein Mensch mit einem bewegten Leben und einer ganz eigenen Geschichte. Er ist keine Schlagzeile einer örtlichen Tageszeitung: „Schulklasse beschenkt Bettler“, die mit seiner gruseligen Exotik kokettiert, um damit seinen Ausschluss aus der Gesellschaft umso ausdrücklicher zu betonen. Er sollte Anlass für uns sein, ein bisschen Menschlichkeit zu zeigen: Eine warme Winterjacke zu schenken, eine Schachtel Tabak, eine Mahlzeit. Er sollte uns dazu bringen, ihm ein bisschen Würde zurückzugeben, indem wir ihn nicht belächeln, bemitleiden oder aus Angst vor dem gleichen Schicksal ignorieren. Denn es kann jeden von uns treffen. Nicht der eigene Lebensweg macht uns zu Trinkern, Verlierern, Exoten, sondern eine kaltherzige Gesellschaft, in der Menschlichkeit und Schwäche einen nicht wieder gut zu machenden Makel bedeuten. Bernd war mal einer von uns. Und wenn uns ein ähnliches Schicksal wider Erwarten treffen würde, veränderte sich unser Blickwinkel auf die Welt und auf die Menschen gewaltig. Bernd können wir nicht helfen, vermutlich. Aber jeder von uns kann jeden Tag dafür sorgen, dass die Gesellschaft und die Menschen, die in ihr leben, ein bisschen weniger verurteilen, ein bisschen wärmer fühlen, ein bisschen verantwortlicher handeln.

IGS in Hude? Elternwille interessiert die Huder Ratspolitiker nicht

Von Veruschka Schröter-Voigt

Dass der Wille der Politiker mehr zählt als der Eltern- und somit Wählerwillen, lässt sich seit einigen Wochen in Hude beobachten.

Kaum hat die Landesregierung eine zweifelhafte neue Schulform (Oberschule) ins Gespräch gebracht, schon überschlugen sich die hiesigen FDP- und CDU-Fraktionen mit positiven Kommentaren dazu und einem – hoffentlich nicht ernstgemeinten - Antrag an den Gemeinderat. Denn das was die Landesregierung mit der Oberschule plant, passt nicht mit dem in Hude, u.a. durch eine Elterninitiative, sichtbaren Elternwillen zu-

sammen. Denn diese Elterninitiative fordert



Peter-Ustinov-Schule Hude (Bild: Gerdes)

eine Integrierte Gesamtschule für Hude. Das diese nun nicht in Hude, sondern in

Wardenburg errichtet worden ist, hängt lediglich mit dem politischen Unwillen, bzw. der Versteifung der Huder Ratsmitglieder auf eine KGS zusammen. Auch der Hinweis einiger Ratsmitglieder auf den guten Ruf der Peter-Ustinov-Schule und deren gute Arbeit zeigt die Missachtung des Gemeinderates dessen, was Huder Eltern für ihre Kinder wollen – eine längere gemeinsame Beschulung und damit Wahlfreiheit bei der Schulform. Denn nach wie vor haben Huder Schüler keine Möglichkeit, eine Gesamtschule zu besuchen.

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung: IGS in Hude? ...)

Die Politik in Harpstedt hingegen arbeitet eng mit der dortigen Elterninitiative zusammen, für die Gründung einer IGS. Selbst der CDU-Landtagsabgeordnete Ansgar Focke wurde dafür gewonnen. In erster Linie gehen die Bemühungen in die Richtung, eine Ausnahmegenehmigung für die Gründung einer vier- statt fünfzügigen IGS zu bekommen. Und die Chancen stehen nicht schlecht. Über diese Möglichkeit wurde leider seitens der Huder Politik, die immer die fehlende Schülerzahl für eine Fünfzügigkeit vor Augen hatte, gar nicht erst nachgedacht. Und je besser die Chancen für Harpstedt stehen, umso schlechter stehen sie für Hude. Denn mit großer Überwindung hatte sich die Landesregierung entschieden, zwei neue Gründungen von Gesamtschulen im Landkreis Oldenburg zuzulassen, da wäre eine dritte völlig unrealistisch. Also wäre es eigentlich logisch, dass der Huder Gemeinderat nun auf eine Lösung in der Gesamtschul-Problematik (u.a. Standortfrage) hinarbeitet - im Sinne der Eltern

und Schüler. Aber stattdessen werden auf einmal Lobeshymnen auf die Oberschule und ein Antrag zur Gründung einer Oberschule (FDP) in Hude gestellt, welche übrigens erst im März (!) zur Verabschiedung in den Landtag geht.

Selbst der Landeselternrat kritisiert das neue Schulmodell, denn es kann nicht die Erwartungen der Eltern erfüllen, die eine längere gemeinsame Beschulung für ihr Kind wünschen. Auch stellt die Oberschule keine Alternative zu den geforderten kleineren Integrierten Gesamtschulen dar. Auch sei nicht erkennbar, ob bzw. welche Vorteile eine neue Schulform „Oberschule“ im Vergleich mit den jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten der Schulorganisation bringt. Auch die Gewerkschaft der Lehrer, die GEW, findet, dass die „neue Oberschule“ weder ein attraktives Angebot noch differenzierte Lösungen für ein besseres regionales Schulangebot bieten. Sie zementiert vielmehr das gegliederte Schulsystem unter neuem Namen und verzögert notwendige Schritte zur Ausgestaltung eines vollständigen

und wohnortnahen pädagogisch hochwertigen Bildungsangebotes insbesondere im ländlichen Raum“.

Für Eltern, die eine längere gemeinsame Beschulung ihres Kindes wünschen, ist die Oberschule keine Alternative. Denn eine Oberschule ist keine IGS. Bei der Oberschule werden Zeugnisnoten, Sitzenbleiben und Abschulen die Regel bleiben. Während Lernentwicklungsberichte und ein längeres Offenhalten des Bildungsganges des Kindes nicht als pädagogische Elemente der Oberschule vorgesehen sind. Bei der Oberschule werden die Kinder weiterhin als Haupt- und Realschüler und ggf. noch als Gymnasialschüler zugeordnet und nicht als Gesamtschüler. Gerade diese frühe Zuordnung wollen Eltern, die eine längere gemeinsame Beschulung für ihr Kind wünschen und dessen Bildungsgang möglichst lange offen gehalten wissen wollen, nicht.

Hude braucht keine Oberschule, Hude braucht eine IGS!

AKW Esenshamm: „Spiel mit dem Feuer“ *Von Rainer Spöllmink*

Das AKW Esenshamm läuft noch weitere 10 Jahre!

Die schwarz gelbe Regierung lässt den alten Druckwasserreaktor in Esenshamm noch bis 2020 weiter laufen. Er ist dann 42 Jahre alt, laut Atomexperten Klaus Traube (ehemaliger Atommanager) sind Druckwasserreaktoren dieser Generation für eine Laufzeit von maximal 35 Jahren gebaut. Alle darüber liegenden Laufzeiten sind ein ständig steigendes Sicherheitsrisiko, weil die verwendeten Materialien durch die andauernde ionisierte Strahlung im Reaktor ermüden und so die Rohrleitungen und Schweißnähte zu Sollbruchstellen werden. In deutschen Atomkraftwerken haben sich bisher 4200 Störfälle ereignet.

Wie sicher ist der Reaktor in Esenshamm?

In Esenshamm ereigneten sich 1987 und 2005 größere Störfälle, die zum Abschalten des Reaktors führten, der jüngste Störfall wurde im Oktober 2010 gemeldet. Der Reaktor gehört zu einer Generation, die nur eingeschränkte Sicherheitsvorkehrungen besitzen, aufgrund der Bauart können einige Sicherheitseinrichtungen nicht nachgerüstet werden. So hat z.B. der Betonmantel nur eine Dicke von 80 cm, jüngere Reaktoren werden mit einer Betonschale von 200 cm ausgestattet. Damit bietet der Reaktor kaum einen Schutz vor Flugzeugabstürzen, Terrorangriffen oder vor einer durch technisches Versagen hervorgerufenen Kernschmelze (wie z.B. in Tschernobyl / Russland und Forsmark / Schweden), die zum Zerbersten des Reaktors führen kann.

Das Risiko trägt die Bevölkerung!

Kommt es zu einem GAU (Größt anzunehmender Unfall) im AKW Esenshamm, ist unsere Region stark betroffen. Im Umkreis von 50 km wird aufgrund der starken radioaktiven Belastung kein Wohnen mehr möglich sein. Wir müssen dann unsere

Stromversorgung ohne AKW's gibt. Aber auch ohne AKW's werden bei uns die Lichter nicht ausgehen! Es wird sogar mehr Strom produziert, als für unseren Energiebedarf notwendig ist! Die deutschen Atomkonzerne sind Stromexportweltmeister, mit der Überproduktion verdienen sie auch im

Ausland viel Geld.

Mit den alten Atomkraftwerken können die Atomkonzerne den Strom billig produzieren, verkauft wird er aber an der Strombörse zu jeweils höchstmöglichen Preisen. Die jährlichen ungerechtfertigten Strompreiserhöhungen zeigen uns das. Der durch Windenergie erzeugte Strom wird aufgrund der Überproduktion oft nicht ins Netz eingespeist, allein durch die Windenergie könnte Norddeutschland mit ausreichend Strom versorgt werden.

Die Gewinner der Laufzeitverlängerung sind die Atomstromkonzerne, die für die nächsten 10 Jahre mit einem Profit von über 100 Milliarden Euro rechnen können.



Jürgen Grossmann, Atommanager, freut sich über den saftigen Profit von 100 Milliarden Euro (Bild: Greenpeace)

idyllischen Häuschen innerhalb von 3 Stunden (bei mäßigem Wind) verlassen, eine Rückkehr ist nicht möglich. Aber auch in einem Umkreis von 500 km wird die Krebsrate, ähnlich wie in Tschernobyl, drastisch ansteigen.

Über die Sicherheit von älteren Druckwasserreaktoren gibt es bisher keine Langzeit-Erfahrungen. Es geht also nach dem Motto: Es wird schon irgendwie gut gehen! Geht es schief, muss die Bevölkerung mit dem Leben und der Gesundheit einen hohen Preis dafür bezahlen.

Warum wird uns dieses Risiko zugemutet?

Weil es angeblich keine ausreichende

Wir müssen dieses Risiko nicht tragen!

Wir, DIE LINKE, fordern:

Sofortige Abschaltung des überalterten AKW's in Esenshamm!

Die energiepolitische Wende hin zu den erneuerbaren Energien!

Eine wirksame Energiepreisaufsicht!

Die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand, sowie die Rekommunalisierung der Energieerzeugung!

Quellen:

Becker, Hirsch: Unfälle in Esenshamm und ihre Folgen, Atomkraft Nein Danke, Andreas Conradt Greenpeace, Ökoinstitut Freiburg, Bundesamt für Strahlenschutz

Abgeordnetenbüro Kreszentia Flauger (MdL)

Unsere Landtagsfraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger möchte eine Anlaufstelle vor Ort sein und dir auch mit Rat und Tat sowie praktischer Hilfe zur Seite stehen. Aus diesem Grund bietet sie regelmäßige Gesprächstermine an.



Büro in der Sögestraße 19 in Wildeshausen
(Bild: Gerdes)

Die nächsten Sprechstundentermine:

Montag, 28.02.2011 16:00 - 18:00 Uhr

Mittwoch, 23.03.2011 11:00 - 13:00 Uhr

Mittwoch, 20.04.2011 11:00 - 13:00 Uhr

Außerhalb der persönlichen Sprechstunden steht Katharina Lindner zu den Bürozeiten zur Verfügung. Das Wahlkreisbüro ist immer montags von 09:00 bis 17:00 Uhr und mittwochs von 09:00 bis 13:00 Uhr geöffnet.

Klageverfahren gegen die EWE ist sehr einfach Von Holger Gerdes

Die EWE will auch nach den Urteilen aus Aurich und Oldenburg weiterhin den Erstattungsbetrag nur zu 40% an die Verbraucher auszahlen. Der Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Hans-Henning Adler hat das erste Verfahren in Oldenburg für seinen Mandanten gewonnen.

Wer sich nicht selbst um seine eigenen Erstattungsansprüche kümmern will oder kann, braucht nur seine EWE-Gas-Abrechnungen für den Zeitraum vom 01.04.2008 bis 30.06.2009 zu kopieren und mit einer Vollmacht an ein Anwaltsbüro zu senden. Da der Rechtsanwalt Hans-Hen-



nig Adler eine Vielzahl von EWE Kunden vertritt und bereits erfolgreich in dieser Materie eingearbeitet ist, empfehlen wir

für Rückforderungen das Rechtsanwaltsbüro Adler, Bremer Str. 2 in 26135 Oldenburg (Tel. 0441/86208). Falls keine Rechtsschutzversicherung besteht, sollen so etwa 30-40 EUR an Kosten anfallen, welche nicht erstattungsfähig sind. Verbindliche Auskunft kann aber nur der Rechtsanwalt hierüber geben.

Kontaktmöglichkeiten zu den LINKEN in Oldenburg-Land

Postanschrift Kreisverband:
Holger Gerdes, Kreisverbandssprecher
Bulder-Berg-Weg 12 in 26209 Hatten

E-Mail: info@dielinke-oldenburg-land.de
Telefon: (0 44 82) 98 00 63 Fax: 98 08 64

Hans-Georg Meier

Geschäftsführer des Ortsverbandes Wildeshausen Von H.-G. Meier

IER stammt aus einer Arbeiterfamilie in Bremen und wuchs mit zwei Geschwistern auf. Schon in frühester Jugend wurde er durch sein Umfeld geprägt. Sein Onkel kam aus dem Rheinland und gehörte schon vor dem Krieg der KPD an. Dieser Anverwandte überlebte das KZ und konnte zu seiner Familie zurückkehren. Die selbstlose Art von ihm war in der frühesten Jugend des Genossen sehr prägend. Die meiste Zeit seiner schwierigen Kindheit verbrachte der Genosse Meier unter seiner Obhut. Daher wählte er seit Beginn die Arbeiterpartei SPD. Doch im neuen Jahrtausend verlor diese Partei immer mehr von Ihrer Identität. Er engagierte sich seit dem 24.01.2009 in der Partei DIE LINKE, da die politischen Ziele eher seiner Sichtweise entsprechen.



Hans-Georg Meier aus Wildeshausen

(Bild: Gerdes)

wohnern von der Institution „Tafel“ abhängig sind.

Es ist an der Zeit, dass die Politik endlich richtig reagiert und es keine Diskrepanz mehr zwischen Löhnen und staatlicher Unterstützung gibt. Nicht Hartz-IV runter, sondern Löhne rauf!!! Wir haben für jeden Wildeshausener Bürger ein offenes Ohr und stehen jederzeit für Gespräche und Sorgen zur Verfügung. Unser und sein Bestreben ist es, in Wildeshausen für ein soziales, gerechteres Miteinander zu agieren.

**Sozialkassenschlag
stoppen! DIE LINKE.**

Ehrenamtliche Lokalreporterinnen gesucht

Wer kann besser über etwas berichten als jemand, der am Ort des Geschehens war?

Helfen Sie uns, die Aktualität und Qualität der Berichte aus Ihrer Region zu steigern. Verfassen Sie selbst Beiträge zu Themen Ihrer Wahl mit Bezug aus Ihrer Gegend oder berichten Sie über Entwicklungen oder Aktionen der ortsansässigen Organisationen. Rufen Sie uns einfach unter (0 44 82) 980063 an. Wir freuen uns auf Sie.

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Kreisverband Oldenburg-Land und Kreszentia Flauger (MdL)
Chefredakteurin:
Katharina Lindner (V.i.S.d.P.)
Anschrift:
Bulder-Berg-Weg 12 in 26209 Hatten
kontrast@dielinke-oldenburg-land.de

www.dielinke-oldenburg-land.de

Was wollen wir essen – sieben Tage lang? *Von Michael Huffer*

Dioxin im Ei, Dioxin im Fleisch, Dioxin im Tierfutter! Ein Skandal!

Besteht der Skandal wirklich „nur“ darin, dass uns die Lebensmittel-Industrie Maschinöl ins Essen mischt? Was ist mit dem kürzlich gefundenen Uran im Trinkwasser, Antibiotika in Fischen von Fischfarmen, Tierfutter aus Gen-Getreide, Quecksilber in Fischen und Fischmehl, mit PCB und Lösungsmitteln, mit Clenbuterol, Chlormequat, Nonylphenol, Pyridaben, Tetracyclinen, und, und, und? Die Liste ließe sich problemlos erweitern.

Das sind alles Substanzen, mit denen der Verbraucher ständig konfrontiert wird, von denen er aber nichts weiß. Er kann sich nur auf die staatlichen Kontrollinstanzen verlassen und ist oft genug verlassen. Was soll man auch von einem „Bundesinstitut für Risikobewertung“ halten, das, wie gerade geschehen, davon spricht, dass das Essen eines belasteten Eies keine „unmittelbare Gefahr“ darstelle? (...) Das Gift reichert sich im Körper an!

Offensichtlich bewertet das Institut nur das Risiko für Futterhersteller und Mastindustrie.

Industrieabfälle und Gifte haben im Essen einfach nichts zu suchen, auch nicht in kleinsten Mengen! DIE LINKE fordert eine Umkehrung der Schadstoffverordnung in eine Positivliste der Inhaltsstoffe. Es muss

aufgeführt werden, was in einem Brot, einem Schokoriegel, einem Stück Fleisch, einem Wellnessgetränk u.s.w. drin sein darf. Und wenn etwas anderes drin ist, dann ist das Lebensmittel eben zum Verzehr nicht geeignet.

Und in Niedersachsen? Da ließ man die Bürger erst mal ihre Festtagseinkäufe machen und ihre Festtagsmenüs genießen, bevor man Informationen an die Öffentlichkeit brachte und anfangs, Betriebe zu sperren



(Bild: Gerdes)

und zu kontrollieren. Da hatten die Massenschlächter und Massenmäster ihre Geschäfte gemacht. Apropos Kontrollen: Die Lebensmittelkontrolleure hatten vielfach auch nicht viel von den Feiertagen. Chronisch unterbesetzt, mussten sie Proben einsammeln oder in den Laboren analysieren. DIE LINKE fordert deshalb den zügigen Ausbau der Lebensmittelkontrolle, technisch

wie personell.

Die Namen der Betriebe, bei denen Dioxin nachgewiesen wurde, waren lange nicht bekannt. Lieber nahm die Landesregierung in Kauf, dass erst mal pauschal alle Fleisch- und Eierproduzenten verdächtigt wurden. Der Großindustrie kann das nur recht sein. Die steckt die Verluste weg – und ist gleichzeitig kleine, sauber arbeitende Landwirte los, denen das staatliche Informationschaos den Hals gebrochen hat. Sie kann sich darauf freuen, weiter Dreck zu Geld zu machen. Ja, es stimmt! Es waren vor allem kleine und mittlere Betriebe die das billige Futter verabreicht haben. Aber warum? Weil sie von der Lebensmittelindustrie und dem Handel über die Preise schon seit Jahren an die Wand gedrückt werden, dass ihnen schwarz vor Augen wird. Wenn sie ihre Höfe erhalten wollen! Von Rentabilität kann schon lange nicht mehr die Rede sein, dann müssen sie auf jeden Cent ihrer Ausgaben achten. (...)

6 Millionen Hartz IV-Berechtigte gibt es, und die können nicht nach Qualität einkaufen. Die müssen auf den Preis - und nur auf den Preis - schauen, sonst kommen sie nämlich nicht über die Runden. Es wird Zeit, dass sie mal wieder auf die Straße gehen. Während der Grünen Woche in Berlin, am 22. Januar, werden sie für mehr Geld demonstrieren. Mehr Geld für Lebensmittel! 80 Euro mehr für den Kauf von Lebensmitteln, die diesen Namen auch verdienen! 80 Euro mehr, um gesundes Essen auf den Tisch zu bringen!

DIE LINKE wird sie dabei unterstützen.

Zukunft des Mehrgenerationenhauses Wildeshausen? *Von Kreszentia Flauger (MdL)*

"Mehrgenerationenhäuser brauchen Zukunft" - so lautete der Titel einer Ausstellung im Niedersächsischen Landtag im vergangenen September. In dieser Ausstellung hat das Netzwerk der 56 Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen die erfolgreiche Arbeit der Häuser dargestellt.

Eines dieser Mehrgenerationenhäuser (MGH), getragen vom DRK, steht in Wildeshausen, in der Bahnhofstraße. Ich habe dieses Haus besucht und dort mit Frau Scholz vom Team des MGH und Herrn Brinkhus vom DRK-Ortsverein gesprochen. Das vielfältige Angebot und das engagierte Team haben mich sehr beeindruckt. Da gibt es offene Kinderbetreuung, Computerkurse, Hausaufgabenhilfe, einen Plattdeutsch-Treff, Selbsthilfegruppen, Skatrunden und vieles mehr. Und das freundlich eingerichtete Haus lädt herzlich alle ein, einfach mal reinzuschauen, andere zu treffen und vielleicht eine Tasse Kaffee zu trinken. Das MGH unterstützt mit diesem Angebot sehr viele Menschen jeden Alters in unserer Stadt und bereichert mit seinen niederschweligen Freizeitangeboten den

Alltag unserer Bürgerinnen und Bürger.

Leider ist die Zukunft dieses Angebots ge-



Flauger setzt sich für diese Einrichtung ein. (Bild Gerdes)

fährdet. Das Aktionsprogramm "Mehrgenerationenhäuser" wurde im Jahre 2006 von der damaligen Sozialministerin Ursula von der Leyen gestartet und hat ihr damals viel Aufmerksamkeit in den Medien gebracht. Nun läuft aber die Finanzierung durch den Bund, die die wesentliche finanzielle Grund-

lage des Hauses ist, zum Ende des Jahres aus. Die niedersächsische Landesregierung lehnt es kategorisch ab, auch nur für einen Teil der entfallenden Mittel einzuspringen. Von Bund und Land wird gesagt, die Häuser müssten sich eben um andere Mittel bemühen. Lediglich für einen Teil des Angebots wird - vielleicht, möglicherweise - ein neuer Finanztopf auf Bundesebene geschaffen, um den sich die Häuser dann neu bewerben müssen, denn eine automatische Verlängerung gibt es nicht.

Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern war richtig und hat sich bewährt. Frau von der Leyen hat sich mit diesem Programm in allen Medien gebrüht und immer wieder betont, wie wichtig diese Einrichtungen für das Zusammenleben von alt und jung sind.

Sich zunächst - durchaus zu recht - für so eine Idee feiern zu lassen und dann nach wenigen Jahren die finanzielle Grundlage für das Angebot zu streichen, das wäre allerdings zynisch und im wahrsten Sinne des Wortes billig.